

Abonnements:

Monatlich 55 Pfennig einschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegraphen-Adresse:

„Volksstimme, Frankfurt/Main“.

Telephon-Anschluss:

Ant. Hanja 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden

Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hefegraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrh. 49, Telephon 1026 — Expedition: Wehrh. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.—
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlags-
anstalt, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 72

Samstag den 25. März 1916

27. Jahrgang

Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Kreuzergefecht in der Nordsee. — Enteignung der Deutschen in Rußland.

Die vollzogene Spaltung.

Berlin, 24. März.

Was die Sozialdemokratie heute am Freitag im Reichstag durchmachen mußte, hat jeden einzelnen aus der Fraktion aufs tiefste getroffen und erschüttert. Das kam zuerst in der Empörung und den Schreien zum Ausdruck, die im Plenum fielen, und dann in einer beinahe an Wortfärbigkeit grenzenden Trauer, die die nachfolgende Fraktionsführung beherrschte.

Der Sitzungsbericht hat es, wenn diese Worte erscheinen, schon im ganzen Reihe verkündet: unter Haase, des Parteivorstehenden, Führung hat sich nach Liebknecht und Kühle eine neue und größere Gruppe sozialistischer Abgeordneter von der Fraktion getrennt. Und zwar nicht etwa in der Erregung und Leidenschaft getrennt, sondern ganz überlegt und kalten Blutes. Die achtzehn Kreditverweigerer vom 21. Dezember vorigen Jahres hielten gestern Abend hier eine Sonderkammer ab, wie Haase heute nachmittag in der Fraktion selbst mitteilte. Sie beschloßen eine Ablehnung des Rotgesetzes für den Etat, der auf 3 Monate verlängert wird, weil die Etats- und Steuerberatungen bis zum 1. April nicht zum Abschluß kommen. Heute vormittag 9 Uhr vor der Plenarsitzung beschloß die Fraktion über ihre Stellung zu dieser Rotmaßregel. Haase brachte dort die Bedenken der Minderheit ausführlich vor. Die Fraktion beschloß mit 54 Stimmen gegen 34 die Zustimmung zum Rotetat. 41 stimmten in der Sitzung dafür, 10 weitere Genossen, welche die Einladung nicht rechtzeitig erreicht, haben nachträglich ihr Ja. Liebknecht reiste nach an, ob man sich nicht für unvorhergesehene Fälle wappnen solle. Auch dies wurde ausgetragen, und der Fraktionsvorstand beauftragt, für solche Fälle eilig tätig zu sein. So ging die Fraktion ins Plenum. Weder Haase, noch Liebknecht, noch sonst ein Mitglied der Minderheit verrieten ein Wort von dem Beschluß, den sie am Abend vorher gegen die Fraktion gefaßt hatten. Und so kam das bisher für uns Unhörte und für unser Land im Kriegszustand Furchtbare: Haase meldete sich plötzlich ohne jede Verhandlung mit seiner Fraktion zum Wort, hielt die Rede, die sich sowohl gegen seine eigenen Parteigenossen im Reichstag, als gegen die im Krieg schwer bedrohte Stellung Deutschlands richtete und rief die Explosionen von elementarer Gewalt hervor, die sich wie furchtbare, aber reinigende Gewitter aus unseren Reihen wie aus den der übrigen Parteien entluden. Alte, Jahrzehnte im Kampf geeinte gewesene Parteigenossen lagerten sich infolge dieser Spaltung das Herz in voller Offenheit, was sich zwei Menschen sagen können. Die Fraktion war ein wild bewegter See, der sich gegen den heimgesuchten Ueberfall aus den eigenen Reihen aufbaute. Dazu brandete und wogte das heulende Meer der bürgerlichen Parteien. Der Schicksalsstreich mißte sich nicht allzu geistlich in das Streiten der entseelten Mächte. In solchen Augenblicken muß man Größeres und Höherstehendes sagen können, als das Bedauern, das man haben muß und nicht den Haß haben verdrängen können. Scheidemann dagegen trat wenigstens am Schluß seiner Gegenrede den richtigen Ton mit der Versicherung, daß die Mehrheit der Fraktion in der Stunde der Gefahr noch immer hinter ihrem Vaterlande stehe.

Darum dreht es sich nämlich, nicht um formale Differenzen. Haase und seine Freunde haben den stärksten Disziplin- und Treubruch gegen ihre eigenen Parteigenossen begangen, den man sich denken kann; aber sie würden sich rechtfertigen können, wenn sie im allgemeinen und höheren Interesse des Reiches gehandelt hätten. Diese Rechtfertigung haben sie jedoch nicht. Die öffentliche Debatte über alles, was Haase vortrug, war durch unsere Fraktion für die Reichstagsfraktionen durchgeföhrt, die der Beratung des Haushaltsausschusses folgen werden. Spätestens vom 5. April ab sollten im Reichstag Auslandspolitik und U-Bootfrage, also Friedensstreben und Scharfmacherei, vor voller Öffentlichkeit abgehandelt werden, wie der Seniorenkongress heute vormittag vor der Plenarsitzung ausdrücklich Antrag unserer Fraktion beschloßen hatte. Welche Notigung bestand also dafür, heute zum Rotetatgesetz über diese Hauptfragen des Kriegs, und zwar ohne jede Verhandlung mit der Fraktion, zu sprechen? Gar keine! Am Gegenteil. Es ist zu hoffen, daß unsere Partei nach der Abrechnung, die der Reichstagsführer am Reichshaushaltsauschluß mit den Kriegsegebern hinter Tirpitz vornehmen wird, neue Waffen besitzt, um mit den unverantwortlichen Treibern noch wirksamer abrechnen zu können. Das Rotetatgesetz aber bedeutet natürlich mehr, als eine Formalität. Wenn ihm die Mehrheit der Fraktion zustimmte, so leitete sie vor allem auch die Erwägung, daß man eine Regierung, die auch für uns die Landesverteidigung führt, nicht mitten im Kriege ohne Mittel lassen kann. Es ist der alte Kampf zwischen anarchoistischer und sozialistischer Auffassung: die erstere sieht sich rückwärts über alle Gemeinschaftsinteressen weg, die letztere bindet auch den Sozialisten an die wirtschaftliche Entwicklung und Selbständigkeit des Landes, dem er seiner Abkunft und

Arbeit nach angehört. Natürlich beträgt sich der Klassenstaat auch im Kriege nicht klassenstaatlich gegen die Arbeiter und die kleinen Bürger. Aber es war bezeichnend, wie häufig Haase ausschließlich mit diesem zweifellos vorhandenen Gegenstand operierte. Er und seine Freunde können eben nicht verstehen, daß ein von hartnäckigen kriegerischen Gegnern stark bedrohtes Land trotz seiner kapitalistischen Verfassung Interessen zu verteidigen hat, die höher als alle Partei- und Klassen-gegensätze stehen, nämlich die Interessen an seiner Unabhängigkeit von fremder Herrschaft und an seiner eigentümlichen, von den Arbeitern mitgeschaffenen Kultur. Deshalb gibt ein Sozialist im Augenblick der höchsten und furchtbaren Kriegs-spannung, da selbst unsere Brudervölker in England und Frankreich nur höhnische Ablehnung für unsere Friedenswünsche haben, keine Partei und kein Land nicht preis und verkauft den lauernden Feinden nicht wohlfeile Hoffnungen und Freuden auf das Verfallen der deutschen Abwehrkraft. Das aber tat Haase und seine Freunde, und deshalb schlug auch die Entzweiung in unseren eigenen Reihen so hohe Bogen.

Bald nach der stürmischen Sitzung hat die Fraktion dann am eben vergangenen Nachmittag ihr Urteil über die Rotmaßregel gefällt, die der Mehrheit der eigenen Kollegen und dem Lande in den Rücken fiel. Es wurden, wie schon hervorgehoben, keine vielen Worte mehr gemacht. Niemand hatte nach den Erschütterungen des Vormittags das Bedürfnis dazu. Ein Vertrauensantrag, der die Leidenschaften beruhigen lassen und die Entscheidung vertagen wollte, wurde ebenso abgelehnt, wie ein Vorstoß, den „Treubruch“ aus der Resolution gegen Haase zu streichen. In namentlicher Abstimmung und mit 58 gegen 33 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 12 Fehlenden, unter denen sich monder vorfristig entfernt hatte, der bisher sonst mit der Opposition gegangen war, wurde gegen Haase derselbe Beschluß gefaßt, wie gegen Liebknecht. Die Fraktionsmehrheit kündigte ihm die Zusammenarbeit und sprach ihm die Rechte daraus ab. In sofortiger Ausführung des Beschlusses wurde statt Haase ein anderes Mitglied für die Budgetkommission gewählt. Sehr eigentümlich betrug sich Haases Freunde und Helfer. Sie gaben durch Genossen Stelle eine Erklärung ab, in der sie Haases Gemütsheil und Haltung billigten, aber vergaßen, ihre Namen darunter zu setzen. Genosse Stolle antwortete auf Betragen, daß es sich um die 18 Budgetverweigerer vom Dezember handle. Niemand von den Gemeinen widersprach, aber auch niemand meldete sich persönlich als Genosse vor Haase. Aber die es soweit getrieben haben, treiben es sicher auch noch weiter. Liebknecht forderte in der Fraktion selbst zu einer Sonderfraktion der 33 Genossen der Fraktionsmehrheit, auch ein bisher unerhörtes Vorgehen, und es wird sich bald zeigen, wer die Spaltung, die man auf jener Seite längst wünschte und betrieb, mitmacht.

Die Spaltung in der Reichstagsfraktion braucht natürlich nicht die Spaltung in der Partei zu werden. Die Erkenntnis wird sein, nachdem die able Lat der Spaltung im Parlament aller Gebuld der Mehrheit zum Trotz durchgeföhrt ist, in unseren Reihen draußen mit doppelter Gewalt erwachen mit solchen Streichen ist den Interessen des Proletariats schlecht gedient. Die deutsche Arbeiterklasse in ihrer großen Masse will sich, und wenn die Opfer des Kriegs und der kapitalistischen Klassenherrschaft noch so schlimm sind nicht außerhalb der Heimat und ihrer Mitvertretung stellen. Sie fühlt sich als ein noch vielfach unterdrücktes und ausgeschaltetes, aber doch als ein starkes Glied des staatlichen Gesamtorganismus, in dem sie sich zu regen und Recht zu verschaffen von unten auf beginnt. Der Anfang ist furchtbar schwer, namentlich in Preußen-Deutschland, aber er ist gemacht, und er soll nicht wieder preisgegeben werden. Der blutige Dornenweg der Politik ist unendlich steil und schwierig, aber er wird nicht erklimmen, wenn man ausbiegt und sich weigert, zu marschieren, zu klimmen und zu opfern. Niemandem wird vorläufig so schlecht gedankt auf diesem Wege, als der Arbeiterklasse. Aber sie geht ihn mit unerschütterlicher, ihren Gegnern oft sehr unangenehmer Beharrlichkeit und mit dem Bewußtsein, daß niemand im Staate mitmachen kann, der nicht auch ein kräftig Teil mitträgt in der Stunde der Gefahr und Not.

Ein Volkstümliches Telegramm meldet:

Aus der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages sind 18 Mitglieder ausgeschieden und haben unter der Bezeichnung „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ eine neue Fraktion gebildet. Die Ausgeschiedenen sind die Abgeordneten Bernheim, Bod, Böhmer, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geier, Haase, Heine, Dr. Herzfeld, Horta (Sachsen), Kunert, Liebknecht, Schwarz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm und Zubeil. Vorsitzende der neuen Fraktion sind Haase und Liebknecht.

Eine andere Meldung nennt außerdem Antid.

Inserate:

Die Gezeilt. Zeitungs kostet 15 Pfg., bei Wiederholungsbekannt nach Tarif. Inserate für die folgende Nummer müssen bis abends 8 Uhr in der Expedition Wiesbaden aufgegeben sein. Schluß der Inseratenaufnahme in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.

Union-Druckerei u. Verlagsanstalt, G. m. b. H., Frankfurt a. M. (nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Zur Information der Parteigenossen

hilt und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Wortlaut der Ausführungen mit, die Genosse Ebert in der Fraktionsführung am Freitag den 24. März, nachmittags, über die Vorgänge in der Reichstagsfraktion gemacht hat:

„In unseren letzten Sitzungen haben wir uns wiederholt sehr eingehend über die allgemeine politische Debatte unterhalten, die im Plenum stattfinden sollte. Wir waren uns über die sachliche und formale Behandlung einig. Darnach sollte die politische Debatte getrennt werden von der Aussprache über die Steuerverträge. Heute morgen waren wir uns dahin schlüssig, im Seniorenkongress zu fordern, daß nach Erledigung der U-Boot-Frage und des Etats des auswärtigen Amtes in der Haushaltskommission, eine politische Debatte im Plenum stattfinden sollte. Wir haben diesen Vorschlag im Seniorenkongress unterbreitet, der ihm noch vor Beginn der Reichstagsfraktion zugestimmt hat. Weder Geier noch Liebknecht, die beiden Mitglieder des Seniorenkongresses, haben auch nur ein Wort dagegen gesagt. Sie waren also mit dieser Regelung einverstanden. Heute morgen haben wir weiter in der Fraktion über unsere Stellung zum Rotetat verhandelt. Die darüber bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind durch Abstimmung erledigt worden. Wegen der formalen Erledigung des Etats wurde einstimmig beschloßen, seiner Verabschiedung am heutigen Sitzungstage keine Hindernisse zu bereiten. Sollte etwas Unvorhergesehenes sich ereignen, dann solle der Vorstand unter sich, event. mit der Fraktion, beraten, was geschehen solle. Die Fraktion hat das ohne Widerspruch ausgeteilt. Niemand, weder Haase noch andere Genossen, haben auch nur mit einem Wort andeutend, daß im Plenum zum Rotetat geredet werden solle. Erst im Sitzungssaal hat Haase, und zwar im letzten Augenblick, unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlungen als er mit einer wohl vorbereiteten Rede bereit stand, dem Vorstand mitgeteilt, daß er reden werde.“

Der Vorsitzende stellte fest, daß dieser Darstellung nicht widersprochen wird.

Es fand dann eine Aussprache über die vom Vorstand der Fraktion vorgelegte Erklärung statt. In namentlicher Abstimmung wurde diese Erklärung mit 58 gegen 33 Stimmen angenommen. Der Stimme enthielten sich 4, es fehlten 12 Genossen.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die Fraktion bedauert lebhaft die Vorgänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heutigen Reichstagsfraktion zugetragen haben.“

In ihrer Fraktionsführung am Vormittag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum, nach der Behandlung des Etats des auswärtigen Amtes in der Budgetkommission, zu führen — ein Beschluß, dem noch vor Beginn der Plenarsitzung der Seniorenkongress widerspruchlos zugestimmt hat. Einseitlich der Behandlung des Rotetats hatte die Fraktion in der gleichen Sitzung beschloßen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehenden politischen Erörterungen nach allem Gekommen heute von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen.

In dieser Fraktionsführung ist Haase mehrmals ausführlich zu Wort gekommen, um seine Auffassung zum Rotgesetz zu begründen. Nachdem die Fraktion in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung entschieden hatte, hat Haase auch nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß er gegen diese Fraktionsbeschlüsse im Plenum vorgehen werde. Dadurch wird kein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch. Nachdem die Fraktion bereits am 12. Januar die damalige Sonderaktion aufs schärfste gerügt hatte, sieht sie sich nunmehr gezwungen, zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gräßlich mißachteten und öffentlich durchkreuzten, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entpringenden Rechte verweigert haben.“

Kreuzergefecht in der Nordsee.

Berlin, 24. März. (B. V.) Nachrichten zufolge, die von verschiedenen Stellen hierhergelangt und neuerdings bestätigt sind, hat am 29. Februar in der nördlichen Nordsee zwischen dem deutschen Hilfskreuzer „Greif“ und drei englischen Kreuzern, sowie einem Zerstörer ein Gefecht stattgefunden. S. M. S. „Greif“ hat im Laufe dieses Gefechts einen großen englischen Kreuzer von etwa 15 000 Tonnen durch Torpedoschuß zum Sinken

gebracht und zum Schlupf sich selbst in die Luft gesprengt.

Von der Besatzung des Schiffes sind etwa 150 Mann in englische Kriegsgefangenschaft geraten, deren Namen noch nicht bekannt sind. Sie werden von den Engländern, die über den ganzen Vorfall das strengste Stillschweigen beobachten, von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossen. Wohnräume hiergegen sind eingeleitet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 24. März. (W. V. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Champagne an der Straße von Sammerhy-Souain, in den Argonnen, im Maasgebiet und bis zur Mosel hin steigerte sich die Heftigkeit der Artilleriekämpfe zeitweise erheblich. Westlich von Nancy besetzten wir in Auswertung des vorgestrigen Erfolges noch einige Gräben, wobei sich die Zahl der Gefangenen auf 22 Offiziere und 879 Mann erhöhte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Während sich die Russen am Tage nur zu einem starken Sortsch im Brückenkopf von Talschabtschisch von Ostschhof aufraffen, unternahmen sie nachts wiederholte Angriffe nördlich der Bahn Rian-Talschabtsch, sowie einen Ueberrumpelungsversuch südwestlich von Dünaburg und wichen sich in ununterbrochenem heftigen Artilleriegefecht unsere Front nördlich von Widsch ab. Alle ihre Angriffe sind in unserem Feuer spitzend am Hindernis unter schwerer Einbuße an Leuten zusammengebrochen. Weiter südlich sind keine neuen Angriffe erfolgt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In der Gegend von Wicajeli kam es beiderseits des Sardor in den letzten Tagen mehrfach zu Artilleriekämpfen ohne besondere Bedeutung.

Aus einem feindlichen Alligierenschwader, das Solowez westlich des Dostran-Sees angegriffen hatte, wurde ein Flugzeug im Luftkampf abgeschossen: es stürzte in den See.

Oberste Seereschiffung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 24. März. (W. V. Amtlich.) Amtlich wird veröffentlicht: 24. März 1916.

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Feind beschloß die Städte Gera und Rovereto. Sonst keine Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Artillerieoberstleutnant.

Die deutschen Fortschritte bei Verdun.

Die französische Presse veröffentlicht, laut einem Genfer Leseraum, zur Lage folgenden Bericht: Es gelang den Deutschen, an einer Stelle Fuß zu fassen, und zwar einen Kilometer südwestlich Malancourt auf dem Hügel Courcourt. Dieser Hügel, auf dem während fast 24 Stunden ein Feuer von un-

erhöhter Heftigkeit lag, war schwer zu verteidigen. Am südlichen Abhänge des Courcourt-Hügels befindet sich etwa zwei Kilometer von dem ersten Abhänge entfernt, die Höhe 304, die von uns stark besetzt ist. Die Deutschen halten seit dem 20. März den gesamten Malancourt-Wald besetzt. Sie stehen also auf drei Seiten im Osten, Norden und Westen unserer Stellung. Die Stellung selbst, wo wir stehen, wird seit drei Tagen von ihren großkalibrierigen Geschossen überherrscht, ebenso das zwei Kilometer südwärts gelegene Gebiet. Wir können den Verlauf dieses Kampfes nur verfolgen, ohne dessen weitere Entwicklung voraussagen zu können. Selbst wenn es den Deutschen gelingt, diesen Vorstoß in ihre Hand zu bringen und uns auf die Linie Courcourt-Esnes-Challancourt zurückzudringen, werden neue Schwierigkeiten nach Zurücklegung dieser Etappe zu erwarten.

Ueber die Entwicklung der Schlacht laut der Kritiker des Berner „Bund“: Aufolge des kombinierten Angriffes reiten die Granatwerfer nicht nur langsam, sondern auch scheinbar planlos, weil bald hier, bald dort ein konzentrischer Feueranker auslöst die Sturmreihe ergreift und die darnach einziehenden, dem fernem Beobachter allein sichtbaren Infanteriestürme des Aufstrebens abzuwehren scheinen. Der der deutschen Offensive ungenügende Fortschritt und Mangel an Einheitslichkeit vorzuerkennen, der wirklich rein äußerlich, ebenso, wie wenn jemand eine glatte Sammlung der deutschen Teilerfolge ohne Rücksicht auf ihre strategische Auswirkung vornähme.

Vom See- und Handelskrieg.

Holländische Sicherheitsmaßnahmen.

Der englische Gesandte im Haag hat namens der britischen Admiralität eine Erklärung abgegeben, daß in dem Gebiet, wo die „Tubantia“ gestrandet wurde, keine britischen Minen gelegt worden sind, und daß sich zur Zeit, als die Gewalttat sich ereignete, weder ein britisches Unterseeboot, noch ein anderes britisches Kriegsschiff in der Nachbarschaft befand. Sobald die Postsignale der „Tubantia“ in Harwich eintrafen, luden ein britisches Torpedoboot und mehrere Zerstörer in voller Fahrt aus, um bei der Rettungsbemühung zu helfen. Die Erklärung verurteilt Deutschland die Schuld zuzuschreiben, denn es sei die erklärte Politik Deutschlands, Großbritannien durch die Vernichtung aller Schiffe kriegsführender oder neutraler Länder, die mit seinen Häfen Handel treiben oder sich seinen Häfen nähern, zu korrumpieren. Doch aber gerade die Verschönerung von Werten nach Holland im Interesse Deutschlands liegt, darüber geht die Erklärung hinweg.

Die holländische Regierung sucht nun Sicherung für holländische Schiffe zu erreichen: Erstens soll beim Versand Schiffe Noorhinder ein Fahrzeug stationiert werden, das mit einer Einrichtung für drahtlose Telegraphie versehen und bei eventuellen Unfällen Hilfe leisten soll. Zweitens werden einmal täglich die Schiffe, die sich dazu melden, von Schleppdampfern, die als Minenleger ausgerüstet sind, zwischen dem Versand Noorhinder und dem englischen Territorialgebiet eskortiert werden. Der Weg zum Schottland soll bevorzugt werden.

Vom jüngsten Zeppelinangriff auf England

Der letzte von mehreren deutschen Luftschiffen am 5. und 6. März unternommene Angriff auf England richtete sich hauptsächlich gegen militärische Anlagen, die Docks und Gasanlagen des Humber, insbesondere bei Hull. Es wurden am Ort in Hull mehrere Magazine zerstört, ein Magazin mit Munition und ein anderes Magazin mit Munitionsvorräten. Die Kaimauer ist vielfach schwer beschädigt und muß teilweise erneuert werden. Eine ganze Anzahl Gebäude wurde zerstört, auch in dem New-Volant-Dock wurde schwerer Schaden angerichtet. Ein großer Dampfer, der am Ort lag, wurde schwer beschädigt, ebenso ein Tankdampfer. Ein größeres Kriegsschiff erlitt am Bug, ein anderes am Hinterende schweren Schaden, indem beide Schornsteine, der Hinterrumpf und der Achterdeck zum größten Teil zerstört wurden.

Auch in der Stadt Hull ist großer Schaden angerichtet worden. Große Lagerhäuser wurden getroffen und brannten nieder. Der Bahnhof und die Wohnanlagen sind stark beschädigt. Im alten Stadteil sind zwei Häuser vollständig zerstört. Die Colliertreue soll einen Trümmerhaufen bilden. Auch sonst wurde noch eine ganze Reihe weiterer Schäden angerichtet. Die englische Zensur hat es bisher aber verhindert, darüber zu berichten.

Die Engländer bei Kut el Amara.

Die Schweizerische Telegrapheninformation meldet, daß die Lage der bei Kut el Amara eingeschlossenen Truppen des General Townshend kritisch zu werden scheint. Bisher war es General Townshend möglich, auf dem Tigris Transporte für die Truppen und den Munitionsersatz wiederholt herbeizuführen. Seit der letzten Niederlage der Entlastungstruppen ist aber dieser Weg für die von den Türken eingeschlossene Armee nicht mehr benutzbar. Hunger und Munitionsmangel machen die Lage der eingeschlossenen immer ärger. Hierzu kommt der starke Mangel an Medikamenten und Sanitätsmaterial. Die russische Behauptung, daß nach der Einnahme Erzerums auch die Lage in Mesopotamien eine entscheidende Wendung zugunsten der englischen Truppen erfahren werde, scheint sich nicht zu erfüllen.

Im englischen Unterhaus wurde an der Expedition herbeigeführt. Chamberlain sagte, die militärischen Behörden seien mit dem von der indischen Regierung eingeleiteten Angriffen Vordach einverstanden gewesen. Er gab zu, daß die Vordachrichtlinien in bezug auf weitere Teile zusammengebrochen seien. Chamberlain sagte dazu, er sei erstaunt, daß die militärischen Behörden den Vordach gebilligt hätten, denn der Traum, daß man Bagdad mit 20 000 Mann nehmen könne, ist eine militärische Wahnvision zu sein. Chamberlain sagte, daß Chamberlain genötigt gewesen sei, anzugeben, daß die britischen Vordachrichtlinien in bezug auf weitere Teile zusammengebrochen seien. Wenn Soldaten aus Mangel an Vordach an ihren Wunden gestorben sind, so verdienen die dafür verantwortlichen Personen die härteste Strafe. Der Redner wandte sich gegen die Bemerkung Chamberlains, daß die Berichte der Gegner romantisch seien. Der letzte türkische Bericht sei viel weniger romantisch, als der letzte englische. Die Rahl der britischen Vermutungen sei im türkischen Bericht viel genauer angegeben, als im britischen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

In Stuttgart wurde der frühere „Tagesschau“-Redakteur Gröbner zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Gröbner hat eine Vertrauensmännerei der Parteiposition einbezogen und gefehlt, ohne die Genehmigung des Reichsvereins der Generalkommandos eingeholt zu haben. In dieser Sitzung wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Kriegskreditbewilligung im Reichstag ausspricht.

Reichsmarschall Hindenburg kam zu Besuch nach Konstantinopel. Er wird dort hoch geehrt.

Der Beschluß der österreichischen Genossinnen, in diesem Jahre eine besondere Aktion für die Abhaltung des Frauentages zu entfalten, hat sich gut bewährt. Es haben bisher gegen 100 Versammlungen stattgefunden, die alle bis auf wenige Ausnahmen gut besucht waren. In allen Versammlungen waren fast nur Frauen und Mädchen anwesend, die mit großer Begeisterung Sinn und Zweck des Frauentages zu verstehen. Die Tagesordnung lautete in allen Versammlungen: „Der Frauentag im Kriegsjahr“. Alle Versammlungen verliefen ohne Störung und Zwischenfall.

Die bulgarische Gebirgsarmee nahm mit großer Mehrheit den Beschluß, die Reformen zu unterstützen.

Der spanische Ministerrat hat einen allgemeinen Arbeitsplan für die öffentlichen Arbeiten, wie die Erbauung von Häusern, Schulen und Straßen, aufgestellt, um dem Elend der Arbeitslosen zu steuern. Die provisorischen Arbeitsstellen sollen in Erwartung einer späteren Vermittlung seitens der Vorgesetzten Staatsrat genehmigt werden.

Feuilleton.

Das genährte Herz.

Aus der Jugendzeit klingt es zu uns herauf, das Märchen vom kalten Herzen, wie es uns Wilhelm Hauff erzählt hat, vom steinernen Herzen, wie es die Schwarzwaldsage vom holländischen-Michel tiefinnig berichtet. Die Geschichte vom genährten Herzen aber ist der Gegenwart vorbehalten, sie konnte früher gar nicht erzählt werden, und was das Märchenhafte daran ist, ist nicht wahr, so gruselig ist es, und immer wieder beim Zusammenstoß glücklicher Umstände ereignet sie sich aufs neue, und wenn sie gut ausgeht, ist ein Menschenleben gerettet, das sonst keine hohe Hofeinnahme mehr wert war.

Dieser Tage ist das Märchen wieder erlebt worden, und allen wird es unvergänglich sein, die es miterlebten. Ich will es auch erzählen.

Es war einmal in Graz ein junger Arbeiter. In einem Dezemberabend des zweiten Kriegsjahres ging er abends wie gewöhnlich aus der Fabrik nach Hause. Mächtig wurde er an einer wenig beleuchten Stelle von einem Soldaten, der vielleicht betrunken, vielleicht sonst von Schmerzen war, ohne jeden Anlaß angefallen und stieß ihn in der Brust. Er fiel zusammen. Heute fanden ihn, riefen die Rettungsgesellschaft, und eine Stunde nach dem Ueberfall wurde er von dem Rettungsautomobil auf die chirurgische Abteilung des alten Krankenhauses beim Vaulustor gebracht. Der Arzt, der an diesem Tage Dienst hatte, untersuchte ihn — die Wunden waren sehr stark mit Blut getränkt, aber aus der Stichstelle kam kein Blut mehr. Sie war auch ganz klein, nur drei Zentimeter lang, im Raum zwischen dem dritten und vierten Rippe, einen Zentimeter vom linken Rand des Brustbeines entfernt. Aber der kühne Arzt wollte den Puls, der schwach ging, er sah, daß der Verwundete schwerer atmete und sich allmählich bläulich verfärbte. Rasch den Patienten und die eigenen Hände wusch, die Einstichwunde etwas vergrößerte — siehe, der Brustknochen an der vierten linken Rippe, an das Brustbein ist durchstoßen — also zweifellos auch die Brusthöhle eröffnet, wahrscheinlich auch der Herzbeutel, vielleicht das Herz — es ist keine Zeit zu verlieren!

Der Arzt rief telephonisch den Chef der Abteilung in seiner Wohnung an. Während Professor Gentile ins

Krankenhaus eilt, wird alles für die Herzoperation vorbereitet.

Die Instrumente sind ausgepackt, der Patient vom Professor untersucht und nochmals gründlich gewaschen, der Operateur und der Assistent haben die von der modernen Wissenschaft vorgeschriebenen Wäsungen ihrer Hände und Vorderarme, die unerlässlichen vorgenommen werden als die heiligen Wäsungen der Mohammedaner, vollzogen. Der Verwundete ist im Gesicht bläulich verfärbt, sein Puls ist nicht mehr fühlbar, er ist ein wenig bewußtlos, aber er antwortet, wenn er angerufen wird, richtige Antworten. Die schweren Allgemeinsymptome, die bei der Unterbrechung der Herzgegend festgesetzte Verengung der Herzdrüse, die Lage der Wunde bei Durchtrennung des Brustkorbes lassen eine Herzverletzung als zweifellos erscheinen. Es ist keine Minute zu verlieren — so wird denn zur Operation geschritten — genau zwei Stunden nach dem Stiche!

Der Verletzte ist vom zweiten Assistenten narkotisiert. Er weiß von nichts mehr und spürt nichts. Wenn die Operation nicht gelingt, geht er aus diesem Schlaf direkt in den abigen über. Ein Schnitt durch die Haut und Muskulatur, die Rippen liegen da. Sie müssen weg machen, ein Einstich zum Herzen muß geöffnet werden. Die dritte, vierte, fünfte und sechste Rippe wird ihrer Knochenhaut so weit entfernt, daß mit einer eigens gebauten Knochenzange ein kleines Stück aus jeder Rippe über dem Herzen herausgeschnitten werden kann, nicht zu klein, damit der Operateur das Herz herausziehen kann, nicht zu groß, damit die Verletzung nicht zu umfangreich, die Ausläufer der Heilung nicht verringert werden. Der Herzbeutel, ein dünner, häutiger Sack, der das Herz einschließt, liegt da. Bei diesem Stand der Operation fällt einem ein: was für eine Kleinigkeit gegen das, was noch kommen muß, ist die Operation, die Sichel im „Kaufmann von Venedig“ an seinem verhaßten Feinde vorgenommen haben wird! Ein Pfund Fleisch, dicht am Herzen — nicht der Rede wert!

Der Herzbeutel liegt vor — er zeigt die erwartete Verletzung, die allein schon genügt hätte, um den Tod herbeizuführen. Aber noch liegt nicht alles zutage. Die Wunde im Herzbeutel wird rasch erweitert — der Sack ist mit Blut gefüllt, das größtenteils geronnen ist. Von wo hat es sich ergossen? Aus dem Herzen — die Herzwanne muß rasch gefunden werden. Der Operateur greift mit seiner rechten Hand wahrlich hinein ins volle Menschenleben, er räumt

die Blutergüsse aus dem Herzbeutel — im gleichen Moment springt ihm ein dunkler Bluttrahl entgegen — fingerdick, massenhaft: das aus der Herzwanne zuerst ergossene Blut hat sich im Herzbeutel angesammelt, und das Gerinnsel hat die Wundöffnung durch „Tamponade“ verstopft. Aber diese Tamponade ist zugleich tödlich, sie hindert das Herz an seiner Arbeit und bringt es zum Stillstand wie die Pulslosigkeit, die bläuliche Verfärbung schon andeuteten. Nun ist die Tamponade weg und aus der Herzwanne springt im Strahl das Blut. Da ist kein Zweifel einer Sekunde zu verlieren, jetzt geht es auf Leben und Tod!

Sofort hat der Operateur seinen rechten Zeigefinger auf dem Loch im Herzen und tamponiert es damit. Mit der linken Hand aber packt er das arme Herz an der Spitze und zieht es etwas vor. Jetzt sieht man die Wunde: die vordere Wand der rechten Herzkammer ist durchstoßen. Der Assistent hält das gappelnde Herz, sanft aber doch fest, an der Spitze, der Operateur, der mit Vorliebe mit der linken Hand wühlt, legt rasch nacheinander, während sein rechter Zeigefinger die Wunde noch verstopft, drei Röhre mit Nadelköpfen durch die Wunde, und da ein Stichkanal blutet, abt er senkrecht darauf noch eine vierte Röhre durch das Herzfleisch — viermal genügt das besser, sagt der Schneider. Während das gappelnde Läng, das wir Herz nennen, vorgezogen und die Wunde mit dem Finger zugebrückt wird, will es ein wenig streifen; es bleibt stehen, der Operateur wird totenblau, seine Augenlider erweitern sich stark — er stirbt! — aber ein kleines Nachlassen mit Zug und Druck — und Herz und Mensch erholen sich wieder. Dieser aufregende Zwischenfall wiederholt sich so dreimal, viermal — ihn zu beobachten, ohne den Kopf zu verlieren, immer das Nötige zu tun und ebenso ruhig als schnell weiterzuarbeiten, sobald es wieder geht, ist die hohe Kunst des Chirurgen. Welch seltsames Gefühl ist es aber auch, das zuckende, bald rhythmisch, bald unruhig schlagende, sich zusammenziehende und erweiternde Herz, den Schreien des pulsierenden Lebens, in der Hand zu haben!

Die vierte Röhre ist geknüpft, die Herzwanne verstopft, nun darf das Herz in seine gewohnte Lage zurück, und wirklich — es fährt munter fort zu schlagen, als ob es eine solche schlechte Behandlung gewöhnt wäre. Der Herzbeutel wird zugenäht, jedoch ein Streifen Nadelformgaze dringelassen, weil eine Eiterung infolge des Stiches nicht ausgeschlossen ist, die Hautmuskelschwunde wird ebenso versorgt, ein Verband angelegt.

In eigener Sache.

In einem Teil unseres Verbreitungsbezirks, insbesondere im Bonauer Kreise, kommt gegenwärtig ein Flugblatt zur Verteilung, das vom dem „Erweiterten Bezirksvorstand“ und der „Erweiterten Parteikommision“ unterzeichnet ist. Das Flugblatt will Klarheit geben über den Streit, der zwischen den einzelnen Parteigruppierungen und der „Volksstimme“, bzw. den Parteigeldgebern entstanden ist, es kommt aber diesem gestellten Ziel sehr wenig nahe, denn es enthält eine Reihe schiefer und ungenauer Darstellungen, und es verschweigt offensichtlich eine Menge sehr wichtiger Vorgänge, über die die Genossen im klaren gehalten werden sollen.

Auf die Ursachen des Streites wie auch auf die Gründung und Entwicklung unserer Parteigruppierungen werden wir ausführlich in einer Denkschrift eingehen, die demnächst erscheinen wird. Heute sei nur kurz folgendes gesagt:

Es ist unklar, wenn in dem Flugblatt behauptet wird, daß bei Beginn des Streites auf der einen Seite die umliegenden 10 Wahlkreise, auf der anderen Seite Frankfurt allein gestanden habe. Wahr ist vielmehr, daß damals wie auch heute noch im allgemeinen Parteistreit in allen Kreisen die Genossen zum Teil für, zum Teil gegen die Fraktion und die Haltung des politischen Teils der „Volksstimme“ Stellung genommen haben. Die Absicht lautet zu deutlich hervor, daß die umliegenden Kreise zu einer gemeinsamen Stellungnahme gegen das von der Frankfurter Organisation gestiftete Parteinterne und zur Schädigung desselben veranlaßt werden sollen.

Auf alle die mehr oder weniger ungenauen Darlegungen gehen wir hier nicht ein, das wird später an anderer Stelle erfolgen, indes ist notwendig, heute die wichtigsten Momente am Ende der Verhandlungen hervorzuheben, auf die es schließlich ankam. Diese werden im Flugblatt mit autem Grunde verschwiegen.

Die Differenzpunkte waren bei Abschluß der Verhandlungen nicht mehr so groß. Eine Verständigung wäre möglich gewesen, hätten die Vertreter der umliegenden Kreise sich nicht direkt ablehnend gegen ein von der Geschäftsleitung in Vorschlag gebrachtes Provisorium verhalten. Aber einigen Vertretern der umliegenden Kreise war es mehr darum zu tun, einen Bruch herbeizuführen.

Der Frankfurter Vertreter in der Schlichtungskommission und der Vorsitzende des Bezirksvorstandes stellten sich auf den Standpunkt des von der Geschäftsleitung eingebrachten Vorschlags, der bis zur Beendigung des Krieges verlange:

1. Das den Geschäftsleuten unbedingt das Recht der Anstellung des kaufmännischen Personals übertragen werden müsse. Diese eigentlich ganz selbstverständliche Bestimmung wurde aber von den Vertretern der Umgebungen abgelehnt.

2. Die Anstellung der Redakteure solle durch die Parteikommision erfolgen. Beschlüsse, die mit Zweidrittelmehrheit gefaßt sind, sind für die Geschäftsleitung bindend. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Der Zweck des Vorschlags war sehr naheliegend: Die beiden Strömungen in der Partei sind im tiefsten Verbreitungsbezirk ziemlich gleich stark. Es sollte vermieden werden, daß die eine oder andere Richtung durch eine Rufstimmajorität von einigen Stimmen geknallt wird. Die Wahl eines Redakteurs ist zu wichtig, umal bei den hier herrschenden eigenartigen Verhältnisse, als daß man die Bestimmung eines solchen Postens dem Zufall überlassen darf. Finden sich indes zwei Drittel der Stimmen auf eine Bestimmung zusammen, so ist eine größere Gewähr dafür gegeben, daß die Anstellung im Gesamtinteresse des Blattes erfolgt.

3. Am Provisorium war noch neben den 4 Geschäftsleuten aus Frankfurt und 4 Geschäftsleuten der Umgebungen ein Vertreter des Parteivorstandes vorgesehen, und zwar aus dem zwingenden Grunde, daß sonst unüberwindliche die Geschäftsleitung durch Stimmengleichheit hätte arbeitsunfähig gemacht werden können. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

Dies waren die drei Hauptpunkte, die schließlich aus den größeren Differenzen hervorgingen.

Neben unbekannten urteilende Genosse wird angegeben, daß durch die Ablehnung dieser drei Punkte der Streit auf die Spitze getrieben wurde.

Au all den Schwierigkeiten der Verständigung kam noch ein wesentliches Moment, das im Flugblatt nur angedeutet

Das alles ist bisher geschehen als es erzählt werden kann, denn Zeit ist hier Leben. Zwanzig Minuten hat die ganze Operation gedauert, vom ersten Schnitt bis zur Einmündung in Verbandstoff, daß der Oberkörper wie eine weiße Kissenkugel aussieht. Der Verletzte atmet gut, der Puls am Handgelenk, der zu Beginn der Operation nicht mehr zu fühlen war, ist ausgeprägt, ein Beweis, daß die sanfte Säge- und Presspumpe, die die Wunden zerren, wieder ordentlich ihre Pflicht erfüllt. Das Bett, das Zimmer mit dem vorläufigen Wundverband.

Nach ist es nicht sicher, ob der junge Mann davonkommt. Alle möglichen Entzündungen können nach der Verletzung und Operation eintreten. Eine Eiterung im rechten Rippenfellraum, eine Entzündung im Herzbeutel, ein unregelmäßiges Arbeiten des verletzten und genährten Herzmuskels kann ein Hinterlassenes im Gehirn schaden und einen Schlaganfall, den Tod oder wenigstens eine Lähmung herbeiführen. Tatsächlich bleibt der Patient noch einige Tage das Sorgenkind des Arztes und der anderen Ärzte. Er bekommt Fieber — a weil! Weils! — Aber Rubin Blut, unterfugen! Eine leichte Kurzatmigkeit und danach ein Rippenfellraum Schmerzen — bedenklich, denn er ist bei der Operation eröffnet worden. Aber ein Probestich mit einer kleinen Nadel gibt Verabingung: es ist „nur“ Blut, das sich ansammelt hat — es wird ganz einfach mit einer Spritze aufgesaugt. Alles geht gut. So bekommt eine Woche nach der Operation „der Herr“, um dessen Leben alles zittert höheres Fieber! So dann! Aber die Untersuchung ergibt, daß es von einem neuen Anfall eines Geschwürs handelt, an dem der Patient leidet. Mit der Verletzung und Operation hat das nichts zu tun, aber an National kann man auch sterben, und vor allem ist das hohe Fieber für das genährte Herz, den durch Wundverfall unterlegt wird, nicht gut. Doch auch der Notruf bläst ab, das Fieber bricht auf — aber neues Fieber kommt — und diesmal hängt es wirklich mit der Verletzung zusammen: eine Eiterung aus dem Herzbeutel! Doch das genährte Herz besteht auch diese Probe. Die Eiterung wird durch die bei der Operation vorgelegene Abklärung (Drainage), geringer und ge-

wird. Die baren Geldmittel wurden knapp! Unser Geschäft hat in der anfänglichen Annahme, der Krieg müsse sich in höchstens einem Jahre entscheiden, mit Zustimmung der Parteiführer den einberufenen Angestellten und Arbeitern erhebliche Unterhaltungen gewährt (bis Ende März 1916 circa 25 000 Mark). Auch die Gratifizierung der „Volksstimme“ an die Familien von Kriegsteilnehmern beläuft sich mit circa 10 000 Mark an baren Auslagen. Einige Gewerkschaften benutzten die im Geschäft angelegten Gelder, und so mußten wir recht häuslich mit den Mitteln umgehen. Im Herbst 1915 trat infolgedessen eine kritische Situation ein, als die Blockade, von der wir seit Gründung der Druckerei den Gleichstrom für unsere Maschinen bezogen, liquidierte und wir unseren Betrieb an das städtische Netz anschließen mußten. Dazu benötigten wir eine größere Anzahl Wechselstrommotoren und natürlich außerordentliche Geldmittel im Betrage von circa 20 000 Mark. Den umliegenden Kreisen war die Ausbringung nicht möglich, im Gegenteil hatte die Bonauer Kreisleitung den ganzen im Geschäft angelegten Betrag von 4000 Mark innerhalb eines halben Jahres (vom April bis September 1915) abgehoben. Auch ein Vermögen beim Parteivorstand in Berlin um Gewährung eines größeren Darlehens schickte. Der Parteivorstand schrieb, er sei wohl geneigt, einen größeren Betrag zu beschaffen, als Bedingung stellte er jedoch die Regelung der Rechtsverhältnisse und die Verständigung etwa auf der Basis des Provisoriums vor.

Unter diesen Umständen ist das Geschäft dem Vorstand der Frankfurter Organisation dankbar, daß er die Beschaffung der notwendigen Kapitalien aufgab, allerdings unter der gleichen Bedingung, die auch der Parteivorstand in Berlin stellte: Regelung der Rechtsverhältnisse. Man kann es billiger niemand zumuten, Geld zu beschaffen, über das eine andere, ihm gegenüberstehende Korporation zu verfügen hat. Deshalb mußte sich die Geschäftsleitung auf den bisherigen Rechtsboden stellen und die Eigentumsverhältnisse derart regeln, daß in dieser schweren Zeit der Fortbestand noch allen Seiten hin gesichert ist. Das ist nun geschehen, und unser Geschäft steht auf einer durchaus soliden Basis. In die neue Geschäftsleitung wurden zunächst gewählt die Genossen Graf, Walter, Dr. Sinabelmer, Ulrich, Wittich und später nach dem Ausscheiden des Genossen Sittmann die Genossen A. Dorich, Gewerkschaftssekretär und Wilhelm Schneider, Beamter des Bauarbeiterverbandes.

Das Flugblatt erhebt die schwersten Vorwürfe gegen diese Regelung und fordert die Genossen und Leser auf, die „Volksstimme“ abzusetzen und ein Blatt der äußersten Linken zu abonnieren. Wir zweifeln nicht, daß einige Genossen der Aufforderung nachkommen werden, aber den Schaden werden wir tragen können. Uebrigens haben wir die Mitteilung erhalten, daß eine große Anzahl Orte sich weigern, das Flugblatt zur Verteilung zu bringen.

Auf jeden Fall wird man festhalten müssen, daß das Bestehen der extremen Linken darauf beruht, daß unser Parteigeld zu ruinieren. Bereits früher gefällte Versicherungen von Wortführern dieser Richtung, wie: „Na, was liegt daran, wenn das Blättchen mal aufhört!“, lassen sie erkennen, wohin diese Bestrebungen seit langem gerichtet waren.

Am gesunden Sinn der Wollen unserer Genossen, die es unter keinen Umständen zu einer Trennung kommen lassen werden, die sich nicht als Sturmwind gegen das eigene Parteigeld unternehmen können lassen, werden auch diese Vorwürfe, die Einheit der Partei zu zerstören, scheitern.

Wir bitten unsere Genossen und Genossinnen, Leser und Leserinnen, sich nicht durch überhand Gerüchte beunruhigen zu lassen, als werde die „Volksstimme“ bald nach dem 1. April einachen. Der Wunsch jener Leute ist der Vater dieses Gedankens. Wir denken aber gar nicht daran, das Blatt einachen zu lassen. Wie wir schon dargelegt, ist das Unternehmen jetzt fester gefaßt wie in der Zeit der Schwierigkeiten, die nur während auf die Entwicklung einwirkten. Gerade jetzt, in dieser schicksalhaften Zeit, ist die Arbeiterpresse bei der Veranlassung des ganzen politischen und wirtschaftlichen Lebens notwendiger denn je. Wir werden und müssen vorwärts kommen: trotz alledem!

Die Geschäftsleitung.

Der „Erweiterte Bezirksvorstand“ und die von diesem eingeleitete „Schlichtungskommission“ des Wahlbezirks Frankfurt am Main läßt in den Kreisen der Genossen ein Flugblatt ver-

rüngen, das Fieber kauft und kauft — sechs Wochen nach der Verletzung und Operation ist der junge Mensch fieberfrei und vierzehn Tage später erleben er und Professor Hertle und die anderen Ärzte die Freude, daß er das erste Mal das Bett verlassen kann. Wohl und schmal ist der achtzehnjährige Wursche aber sein genährtes Herz hat bereits die schwersten Proben bestanden, er erhält sich so.

Vor zwanzig Jahren wurde zum erstenmal ein Herz mit Erfolg genährt (von Professor Hertle in Frankfurt). Bis dahin wachte sich die Chirurgie nicht über nur ohne Hoffnung an das Organ, dessen Verletzung den Tod bedeutet. Seitdem hat man etwa zweihundertmal die Operation ausgeführt und etwa achtzig Verletzte wurde dadurch das Leben gerettet. Man sieht daraus, wie aus der hier verhandelten Schilderung, daß es nicht so einfach ist. Glaubt es doch vor allem davon ab, wieviel Zeit verstreicht, ehe der Verletzte auf den Operations-tisch kommt und wie sein Zustand ist. Sein Leben hängt oft buchstäblich an einem (Nagel-) Faden, selbst wenn er in die besten Hände gekommen ist. Aber ist nicht jeder einzelne Fall, wo es der Kunst des Chirurgen gelingt, einen sonst so unrettbar dem Tode verfallenen Menschen zu retten, ein Triumph, ein Lobgefang auf die Wissenschaft, auf die in den Dienst der Lebenserhaltung gestellte Technik? Mit unerschütterter, auf Wissen und Können aufgebauter Fähigkeit der geschwungenen Seele des Arztes und des Mannes, der die chirurgische Kunst ausübt, und in diesem Duell siegreich zu bleiben, um die Erhaltung eines Lebens mit Aufbietung aller Energie und Kunst zu kämpfen, das ist das wahre Selbsttum, das die Menschheit liebt. Das Leben ist der Güter höchstes, und nur die Wissenschaft, die auf die Erhaltung des Lebensfunken abzielt, ist für die Kultur, für die weitere Entwicklung des Menschengeschlechtes von Bedeutung. Wegen heute alle Begriffe verkehrt erscheinen und die Dichter und Schriftsteller obenstehen, denen das einzelne Menschenleben nicht hoch im Werte steht — diese Zeit ist doch die anomale und die Zeit wird wieder kommen, wo man sich mehr für das Bewahren des Lebens interessiert wird als für das Ausbleiben. Denen, die schließlich auf diese Zeit warten, habe ich das wahre Märchen vom genährten Herzen erzählt.

Graf

Dr. Michael Sacherl

teilen, das unter bestigen Angriffen gegen den „Sozialdemokratischen Verein Frankfurt“ und die Geschäftsleitung der „Volksstimme“ am 10. Freistreit um die „Volksstimme“ izzeführende Behauptungen aufstellt und zu parteischädigenden Handlungen auffordert.

Wir werden in nächster Zeit in einer ausführlichen Denkschrift den Genossen das ganze Material vorlegen, das allen diesen Vorgängen zu Grunde liegt, und ihnen damit die Möglichkeit verschaffen, sich ein eigenes selbstständiges Urteil zu bilden. Um von vornherein jeder Verführung vorzubeugen, erklären wir heute bereits kurz folgendes:

I.

Die Veranlassung zum sog. „Freistreit“, in den die „Volksstimme“ seit Ausbruch des Krieges verwickelt ist, ist der Versuch der bisherigen Parteikommision gewesen, einen der politischen Redakteure der „Volksstimme“ dafür zu mahregeln, daß er den Standpunkt der Majorität unserer Partei politisch vertreten und festgehalten hat. Dieser Vorstoß der Minorität in unserer Partei, die zufällig in der vor dem Kriege gewählten Parteikommision die Mehrheit hatte, verlegte nicht nur sozialdemokratische und gewerkschaftliche Grundanschauungen, sondern hätte, wenn er durchgedrungen wäre, die „Volksstimme“ in Gefahren gestürzt, deren Tragweite nicht zu übersehen war. Er mußte außerdem der „Volksstimme“ eine finanzielle Belastung zu, die sie in dieser Zeit unendlich tragen konnte. Es war das Recht und die Pflicht der Frankfurter Genossen, diesen Vorstoß abzuwehren.

II.

Das Flugblatt behauptet, die Frankfurter Genossen hätten durch die Annahme einer Neuorganisation unseres Freistreitunternehmens „das Parteirecht“ mit Füßen getreten. Damit dreht es die wirkliche Rechtslage um. Die Errichtung der bisherigen Parteikommision mit ihrem Reglement entsprang den Frankfurter Rechte, die sie vorher hatten, und unterstellte sie der Majorisierung der Kreise. Eine solche Rechtsveränderung wäre nur mit Zustimmung der Frankfurter Organisation zulässig gewesen. Diese Zustimmung ist niemals erfolgt. Im Gegenteil hat sich die Frankfurter Organisation durch ihre Erklärung auf der 7. Konferenz des Wahlbezirks Frankfurt a. M. vom 17. Oktober 1909 ausdrücklich ihre Rechte gegenüber der in Wiesbaden vorgenommenen Enttretung vorbehalten (Bericht, Seite 16). Von diesen Rechten machten wir Gebrauch. Wir müssen dies um so mehr, als seitdem die Gelder für unsere Unternehmungen fast ausschließlich von der Frankfurter Organisation aufgebracht worden sind und weiterhin aufgebracht werden müssen und wir die finanzielle Verfügungsgewalt der Frankfurter nicht der einseitigen Bestimmung der anderen Kreise preisgeben können.

III.

Das Flugblatt weist es, zu behaupten, daß das Ziel des Frankfurter Vorgehens die „Rechtslosmachung“ der 11 anderen Wahlkreise ist. Mit dieser unwarpen Behauptung glauben die Verfasser des Flugblattes die landlichen Wahlkreise gegen den Wahlkreis Frankfurt aufzutreiben zu können. Was aber will in Wirklichkeit unsere Organisation? Sie hat dem Einigungs-vorschlag Graf zugestimmt. Danach will Frankfurt eine Ordnung herbeiführen, die jede Majorisierung der Kreise durch Frankfurt fernhält, die die Kreise an dem Geschäftsunternehmen zu gleichen Teilen beteiligt und ihnen in Bezug auf die Heberwahrung der Freistreit die gleichen Rechte einräumt, wie selber. Das einzige, was in letzterer Hinsicht von den Frankfurtern neu erstrebt wird, ist die Veränderung des Stimmverhältnisses bei allen wichtigen Beschlüssen der Parteikommision, namentlich bei der Anstellung und Entlassung von Redakteuren. Diese Beschlüsse sollen von jetzt ab mit Zweidrittel-Majorität gefaßt werden. Daraus ergibt sich, daß Frankfurt die Kreise niemals majorisieren kann; daß aber auch die Kreise Frankfurt nicht majorisieren können. Dieses ist die „Rechtslosmachung“ durch Frankfurt! Die Kreise sollen Frankfurt majorisieren können und Frankfurt muß sich ihnen bedingungslos fügen. Dies nennt das Flugblatt „Gleichberechtigung“. In Wahrheit wollen wir die wirkliche durchgeführte Gleichberechtigung zwischen Frankfurt und den übrigen Kreisen. Die Kreise aber wollen das ihnen widerrechtlich zustehende „Recht“ zur Majorisierung Frankfurts behaupten. In welchem Sinne die Ausübung dieses „Rechts“ zur Majorisierung durch die Kreise erfolgen soll, steht deutlich genug aus dem Flugblatt hervor. Als Erfolg für die „Volksstimme“ wird neben dem „Vorwärts“ die „Bremser Wärssetzung“ empfohlen.

IV.

Das Flugblatt spricht davon, daß die Schritte, die wir unternommen haben, von einer „Personengruppe“ in Frankfurt ausgehen. Diese Behauptung ist unwarpen. Wir stellen ausdrücklich fest, daß alle Maßnahmen auf Beschlüssen verschiedener Vertrauensmännerversammlungen und der Generalversammlung vom 26. Januar 1915 beruhen, die mit Zweidrittel-Mehrheit dem Vorstand Vollmacht zu seinem Vorgehen erteilte. In einer am 14. März d. J. stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung wurden die Maßnahmen des Vorstandes mit 138 gegen 12 Stimmen bestätigt.

Wir wissen, daß sich unsere Genossen durch den Inhalt des Flugblattes nicht betören lassen werden. Wir glauben an die gesunde Vernunft der Masse, die ihr Urteil auf Grund der Tatsachen fällen wird. Wir erachten es in dieser Zeit als unsere Pflicht, unseren aus dem Kriege heimkehrenden Genossen geordnete Verhältnisse zur Verfügung zu stellen, damit wir uns nicht in einem elenden Genossenschaft aufreiben, sondern alle Kräfte für den großen politischen Kampf der Zukunft freibekommen. Wir haben unseren Willen erklärt, in voller Gleichberechtigung mit den Kreisen diese Aufgabe zu lösen. Das Flugblatt wird uns in diesem pflichtbewußten Handeln nicht hören.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins zu Frankfurt a. M. J. A. S. Wittich.

Das in den obigen Erklärungen erwähnte Flugblatt ist von dem „erweiterten Bezirksvorstand“ unterzeichnet. Wir stellen fest, daß das Flugblatt ohne unser Wissen und gegen unseren Willen verfaßt und herausgegeben worden ist. Wir protestieren auf das schärfste gegen den Mißbrauch parteiamtlicher Funktionen und lehnen jede Verantwortung ab.

Frankfurt a. M., 24. März 1916.

Ed. Graf, Vorsitzender des Bezirksvorstandes.
A. Dorich, Beisitzer des Bezirksvorstandes.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. März.

Auf die Anfrage des Abg. Reinath (nall.) wegen endgültiger Regelung des gewerblichen Verkehrs von Wein, Bier- und Strichwaren wird die Ausfertigung einer Verordnung darüber bereits am 1. April in Kraft treten.

Kamerun und Ostafrika.

Auf die Anfrage des Abg. Baßermann (nall.) nach dem Stand der Dinge antwortet Kolonialminister Dr. Solf. Er nennt die schon bekannten Zahlen vom Uebertritt der Kameruner auf spanisches Gebiet und erkennt an, daß Truppe und Verwaltung Kameruns ihre Pflicht bis zum äußersten getan haben. Ostafrika habe sich trefflich gehalten. In jüngster Zeit ist das Schutgebiet vor neue schwierige Aufgaben gestellt worden. Es ist England gelungen, die Regierung der südafrikanischen Union zur Entsendung eines Expeditionskorps nach Ostafrika zu veranlassen. Dieses ist unter Führung des bisherigen Kriegsministers der Union, Smuts, vor etwa einem Monat dort angekommen. Dadurch hat die englische Streitmacht bedeutende Verstärkungen erhalten. Wie aus englischen Meldungen hervorgeht, endete der am 12. Februar des Jahres erfolgte erste Zusammenstoß der südafrikanischen Truppen mit unserer Schutztruppe mit dem Rückzug der Engländer unter starken Verlusten. Im Laufe der letzten Woche scheint es jedoch dem Gegner gelungen zu sein, unsere am Kilimandscharo stehenden Truppen zurückzudrängen und Moshi zu besetzen. Ein neuer Gegner ist ferner dem Schutgebiet im Süden durch den endgültigen Eintritt Portugals in den Krieg entstanden. Portugal hatte schon seit längerer Zeit in der Nähe der Nordgrenze seiner Kolonie Mosambique ein Expeditionskorps von etwa 1500 Mann europäischer Truppen stehen. Wahrscheinlich wird in nächster Zeit auch mit dem Eingriff dieses Gegners zu rechnen sein. Dem Schutgebiet drohen also Angriffe von allen Seiten, die sicherlich zu schweren Kämpfen führen werden. Bisher hat die Schutztruppe mit überlegenen Kräften mit verhältnismäßig geringen Verlusten zurückgeschlagen. Wir dürfen auf die heldenmütige Tapferkeit unserer ostafrikanischen Schutztruppe auch für die Zukunft volles Vertrauen setzen. (Beifall, wiederholter Beifall.)

Notgesetz — Erfolg der Kriegsanleihe.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich: Der Reichstag bewegt sich in den üblichen Formen. Nun zur Anleihe. Wir haben die Anleihe geschlossen. Es ist zu den 25 Milliarden, die das deutsche Volk bisher im Laufe des Krieges ausbezahlt hat, durch die vierte Anleihe ein Betrag von 10 Milliarden 600 Millionen Mark hinzugefügt worden (Beifall, wiederholter Beifall und Handklopfen), ohne die Festsetzungen und ohne die Ausgabebestimmungen. Damit ist Deutschland wieder der einzige kriegsführende Staat, der seine künftigen Kriegsausgaben durch langfristige Anleihen gedeckt und überdeckt hat. (Beifall.) Ebenso wie ich im letzten September sagte, so kann ich heute erklären. (Beifall.) Was es bedeutet, daß ein Volk von 70 Millionen, durch völlerrechtswidrige Gewalttaten von der Außenwelt abgeschnitten, ganz auf seine eigene Kraft gestellt, das seit etwa 20 Monaten die harten Lasten des Krieges trägt und nunmehr im 20. Monat abetmals dem Vaterlande diesen Betrag von mehr als 10 Milliarden darbringt — kein Wort, glaube ich, dürfte an die Größe dieser Thatfache heranreizen. (Beifall.) Das bedeutet, daß allen Feinden zum Trotz unsere Kraft ungebrochen ist, daß unser Vertrauen in unsere gute Sache und unseren Sieg nicht erschüttert werden kann, und daß das deutsche Volk, wenn es gilt, den Feind zu schlagen, keinen Zweifelstall kennt, sondern einmütig zusammensteht, wie ein Mann. (Beifall, wiederholter Beifall.)

Abg. Scheidemann (Sog.): Ich erkläre im Namen der Mehrheit meiner Fraktion, daß wir mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, die zurzeit vorliegen, für den Notetat stimmen werden. Ich sage das ausdrücklich, damit daraus nicht geschlossen wird, daß wir uns damit für den Notetat binden.

Die Abgg. Baßermann (nall.), Dr. Spahn (Senz.) und Graf Westarp sprechen ihre Freude aus über den Anleiherfolg.

Abg. Haase (Sog.): Im Notetat sehe ich mit einem Teil meiner Freunde einen Vertrauensakt für die Regierung und eine Vorwegnahme des ordentlichen Etats. (Abg. Scheidemann: Nein!) Meine Stellung zum Notetat ist deshalb abhängig zu der von dem Hauptetat. Wie ich diesen ablehne, so kann ich auch den Notetat nicht zustimmen. (Sehr richtig! bei einer Minderheit der Sozialdemokraten.) Für diese Frage kommt insbesondere in Betracht die Haltung der Regierung zu den wichtigsten Fragen der inneren und äußeren Politik. Wir haben gestern und vorgestern gesehen, was die Regierung unter der Neuorientierung auf finanzpolitischem Gebiete versteht. Es handelt sich dabei um eine einmalige mögliche Abgabe nicht einmal aus dem Vermögen, sondern aus dem Zuwachs, der in dieser Zeit gewaltig getrieben ist, und auf der anderen Seite werden die Verbrauchs- und Verkehrssteuern hemmend wirken auf unser ganzes Leben und am letzten Ende dem Mittelstand und der Arbeiterklasse ungeheure Lasten drücken. Hier zeigt sich der Klassencharakter des Staates ebenso scharf in dieser Zeit wie vorher. Fast alle Parteien, nicht nur wir, haben seit Jahr und Tag darauf hingewiesen, daß die Regierung versagt hat. Wiederholt haben wir hervorgehoben müssen, daß die Regierung diejenigen Aufgaben, die ihr gestellt waren, in keiner Weise erfüllt hat. (Große Unruhe.) Wir haben es erlebt, daß Hunderte von Frauen und Mädchen frühmorgens, zum Teil schon in der Nacht, sich haben an die Türen drängen müssen und Stunden und Stunden warten, bis sie auch nur das Notwendigste aller Lebensmittel, die Kartoffeln, erhielten. Die Regierung hatte versprochen, daß sie nach den Erfahrungen des vorigen Jahres Wache stehen würde und daß Missethäter nicht wieder vorkommen würden. Das Gegenteil ist eingetreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Missethäter haben sich noch vermehrt. In ihrer Folge ist eingetreten eine Unterernährung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts und große Unruhe.)

Präsident Dr. Kämpf: Das ist eine neue Generaldiskussion über den Etat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Notetat!) Den stelle ich dem Etat gleich, und eine allgemeine Diskussion über den Etat lasse ich nicht mehr zu oder in ganz beschränktem Maße. An diese Abmachung müssen wir uns halten.

Abg. Haase (fortgesetzt): Es muß doch dem Redner beim Notetat die Möglichkeit gegeben sein, die Gründe für seine Ablehnung zu entwickeln. (Präsident Kämpf: Dazu brauchen Sie aber nicht auf eine Generaldiskussion überzugehen.) Einige Momente werde ich wenigstens streifen müssen. Wir haben besondere Beschwerden erhoben gegen die Haltung der Regierung gegenüber dem freien Volk. Alle Versuche, die Zensur einzuführen auf Mitteilungen rein militärischen Inhalts sind gescheitert. Die Zensur, die gegeben war, daß der Belagerungszustand nur aufrechterhalten werden soll bis zum Schluß der Mobilisation, ist nicht gehalten worden. Nichts ist geschehen, um den Beschwerden abzuweichen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist von der Regierung rühmend hervorgehoben worden. Aber bis heute hat die Regierung noch nicht die Zeit gefunden, die Bestimmungen aufzuheben, die den Gewerkschaften gegenüber den Charakter eines Ausnahmezustandes haben. Das Vereinsgesetz ist hier in allen drei Lesungen angenommen worden. Aber auch dieses Gesetz zu verabschieden hat die Regierung sich noch nicht verstanden. Sie erklärt, sie habe das nicht getan, weil sie nicht einen Kampf unter den Parteien entfesseln wollte. Dr. Grund ist nicht stichhaltig; denn ein Steuerrecht hat die Regierung eingebracht, das die Parteien in scharfer Kampfstellung gegeneinander bringt und das das Volk mehr anregen wird, wie es Kämpfe über das Vereinsrecht hätten tun können.

Die Gleichberechtigung der Staatsbürger wäre wahrscheinlich eine Forderung, die durchgesetzt werden könnte und werden müßte. Wenn man von Millionen verlangt, daß sie gleiche Pflichten erfüllen, wenn man die Gleichheit im Schutze immer wieder betont und fordert, so muß man auch darauf sehen, daß diejenigen, die jetzt schon in 20 Kriegsmontaten ihre schwere Pflicht erfüllt haben, wenn sie endlich zurückkehren, nicht als Staatsbürger minderen Rechts behandelt werden.

Und endlich steuert die auswärtige Politik der Regierung! Schon im März des vorigen Jahres habe ich ausgeführt, daß bei unserer

günstigen militärischen Position unsere Regierung die Verpflichtung hat, den anderen die Hand zum Frieden zu bieten. Seitdem ist ein Jahr verfloßen, und noch ist ein Ende des menschenverderblichen Krieges nicht abzusehen. In allen Ländern haben die Kassen ihre Schenke zum Frieden zu erkennen gegeben. Die Volkvertretung würde ihre Aufgabe verkennen, wenn sie sich nicht zum Dolmetsch dieses starken Friedenswillens macht, wenn sie sich eine Rinde vor die Augen legt. Ein solches Verhalten würde sich auch schwer rächen. Auch die Politiker in den feindlichen Staaten werden immer mehr zu der Einsicht genötigt, daß unsere Oerren eine entscheidende Niederlage nicht bereitet werden kann. Aber alles spricht dafür, daß auch unser Heer trotz aller Erfolge die Gegner nicht auf die Knie zwingen wird. (Stürmischer Widerspruch.) Zu mächtigen Koalitionen stehen sich gegenüber, und am Schluß dieses fürchterlichen Ringens wird es wahrscheinlich

wer Sieger noch Besiegte geben.

(Beifall, Widerspruch und Chorus.) Präsident Dr. Kämpf mahnt: den Redner zur Mäßigung. Sie alle werden zugeben müssen, daß meine Darlegungen sehr wohl begründet sind. (Erneuter Widerspruch.) Wie auch das Ringen ausfallen mag, Europa geht einer Verarmung entgegen. Es ist hier hervorzuheben worden, daß die Bürger sich darauf werden einrichten müssen, allein vier Monate im Jahre zu arbeiten, um die Zinsen für die Kriegsanleihen aufzubringen und die Mittel zur Unterhaltung der Kriegsanleihen und der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. Gestern ist darauf hingewiesen, daß es sogar dahin kommen kann, daß wir bis zu sechs Monaten im Jahre dafür arbeiten müssen. Was hat es auch vom Standpunkt der Befürworter und Anhänger des Krieges für einen Sinn, den Krieg fortzusetzen? Wir Sozialisten, die wir den Krieg verabscheuen und verhindern wollen... (Erneuter stürmischer Widerspruch.) Präsident Dr. Kämpf mahnt: von neuem darauf aufmerksam, daß diese Ausführungen in die Generaldiskussion gehören und nicht gemacht werden dürfen. Es darf nicht übersehen werden, daß, wenn wir nur die Unabhängigkeit des Reiches aufrechterhalten wollen, wir schon Frieden haben würden. (Beifall, Widerspruch.) Für die sozialistischen Arbeiter ist es die höchste Tragik, daß sie, die gemeinsame Idee der Völkerverbrüderung... (Stürmische Unterbrechungen. Abg. Kretz: Rein deutscher Arbeiter denkt so! Stürmische Gegenrufe aus der sozialdemokratischen Minderheit. Gegenrufe rechts. Großer Lärm und neue Mahnung des Präsidenten zur Sache. Auf rechts: Diese Gehebe wollen wir nicht hören!) Sie wollen die Wahrheit nicht hören. Sie werden nicht beitreten können, daß in den Kreisen der Kapitalisten, soweit sie nicht Kuppler des Krieges sind, längst eingeschrieben wird, daß der Krieg eine falsche Rechnung ist. Man sollte annehmen, daß nur von kompletten Narren und gewissenlosen Menschen die Welt Herrschaft angeht werden kann. (Stürmische Zurufe.)

Präsident Dr. Kämpf: Es ist ganz unmöglich, in dieser Weise das Notgesetz zu verabschieden. Wenn Sie weiter so allgemeine Ausführungen machen, muß ich Sie zur Sache rufen.

Abg. Haase (fortgesetzt): Keine Geschäftsordnung, die ich kenne, kann mich verhindern, meinen Standpunkt darzulegen. Aber ich will mich Ihrem Wunsch soweit wie möglich fügen. (Abg. Kretz: Sog.): Sie sprechen ohne unsere Zustimmung. — Stürmischer Beifall und Handklopfen rechts, im Zentrum und bei den Liberalen, stürmische Gegenrufe der sog. Minderheit. Der Abg. Kretz hat durch Ihr Handklopfen den Lohn für seine Tat dahin. (Abg. Kretz: Eine Unrechtfertigkeit bleibt eine Unrechtfertigkeit! Heftige Aufregung und Gegenrufe innerhalb der sog. Fraktion.) Da es mir nicht verstanden wird, auch nur im Umkreis darzulegen, wie zurzeit die äußere politische Lage ist, und wie große Massen des Volkes sich dazu verhalten, so werde ich bei anderer Gelegenheit darauf eingehen. Es wäre für das Haus aber doch zur Beurteilung der Lage sehr wichtig, zu erfahren, welche Treibereien nicht nur von den Fronteuren in der Wilhelmstraße, sondern...

Präsident Kämpf: Ich rufe den Redner zur Sache und werde das Haus befragen, ob es ihm das Wort weiter verstaten will. (Abg. Lebedour (Sog.): Belagerungspräsident!)

Abg. Haase (fortgesetzt): Infolge der Beschränkung der Meberfreiheit, zu der bei der Sachlage meiner Ausführungen kein Grund vorlag, muß ich das Wichtigste übergehen und nur noch sagen, daß die kapitalistische Wirtschaft sich selbst ihr Urteil gesprochen hat, weil sie nicht hat verhindern können, nicht nur daß in ihrem Schoße die Kriegswirtschaft geboren wurde, sondern...

Präsident Kämpf ruft den Redner zur Sache und befragt das Haus, ob es den Abg. Haase weitersprechen lassen will. Alle Parteien bis auf einen großen Teil der Sozialdemokraten stimmen für Entziehung des Wortes. (Auf bei der Minderheit der Sog.: Gegenprobe!)

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich: Als Vertreter der verbündeten Regierungen und als Leiter der Reichsfinanzen war ich leider genötigt, in Erfüllung meiner Pflicht den Ausführungen des Abg. Haase beizutreten zu müssen. Andernfalls hätte ich selbstverständlich den Saal verlassen. (Lachen bei der sog. Minderheit.) Ich kann nur vor dem Hause und vor dem ganzen deutschen Volke mein tiefstes Bedauern und meine stärkste Enttäuschung darüber aussprechen, daß ein Mann, der sich Vertreter des deutschen Volkes nennt (sturm. Rufe bei der sog. Minderheit: Und ist! — Weitere Protestrufe — Gegenrufe rechts), ein Mann, der sich Vertreter des deutschen Volkes nennt, sich nicht scheut, Worte auszusprechen, die unseren Feinden in dieser ersten Stunde Herzen und Nerven stärken müssen. (Sturm. Zustimmung. Protestrufe von der Minderheit d. Sog.) Wenn jemand hier heute zu behaupten wagt, daß das deutsche Volk nach all den schweren Lasten, aber auch nach all den großen Erfolgen, die wir errungen haben, es an der Zuversicht fehlen lasse, daß wir siegen werden, so gibt es dafür keine Kennzeichnung, die scharf genug wäre. Wenn Sie wissen wollen, wie das Volk darüber denkt, so fragen Sie bei denen an, die jeden 10. Milliarden Kriegsanleihe gezeichnet haben und unter denen so viele Arbeiter und kleine Sparer sind. (Stürmische Zustimmung. Gegenrufe von der sog. Minderheit.) Das deutsche Volk hat damit gezeigt, daß es mit der Meinung des Abg. Haase nicht gemein hat. (Sturm. Beifall und Handklopfen. Andauernde Unruhe.)

Abg. Scheidemann (Sog.): Ich hatte nicht die Absicht, bei Verabschiedung dieses Notetats noch einmal das Wort zu nehmen. Nach der Ueberzeugung, die auch für uns die Rede des Abg. Haase bedeutet (Hört! Hört!), sehe ich mich aber doch genötigt, noch einige Worte zu sagen. Ich habe vorher bereits gesagt, daß wir dem Notetat zustimmen unter Vorbehalt unserer Stellungnahme zum ordentlichen Etat. Wir stimmen dem Notetat zu in der Würdigung der Tatsache, daß wir dem jetzt zu Recht bestehenden Etat, dessen Fortsetzung dieser Notetat ist, im vorigen Jahre unsere Zustimmung gegeben haben. An Änderungen in diesem Notetat sind lediglich die bereits erwähnten Hausbauten enthalten, von denen und verachtet ist, daß sie absolut notwendig sind und über die in der Budgetkommission zu beraten sein wird. Die Frage, ob wir dem ordentlichen Etat demnächst zustimmen können, wird abhängen von dem Verlauf und dem Ergebnis der Verhandlungen, die demnächst stattfinden. Das, was nach den Ausführungen des Abg. Haase hier bei dem Notetat besprochen werden müßte, Vereinsrecht, Lebensmittelfragen, Zensurfragen, Kriegsfragen, Friedensfragen, das sind alles Dinge in bezug auf die wir uns in unserer Fraktion vollständig einig waren und in bezug auf die auch im Senatskonvent vollständige Einigung erzielt wurde, daß sie in den nächsten Tagen hier verhandelt werden sollen. (Beifall, Hört! Hört!) Bei der Zustimmung zu diesem Notetat handelt es sich für und jetzt nicht um Fragen des Vertrauens oder Mißtrauens gegenüber der Regierung. Darüber wird, wie gesagt, demnächst zu sprechen sein, wenn der ordentliche Etat zur Verabschiedung kommt. Für uns handelt es sich jetzt darum — oder ich will sagen für mich, denn ich konnte natürlich in dieser kurzen Zeit nicht eine einmütige Meinung innerhalb der Fraktion darüber herbeiführen —, für mich handelt es sich in diesem Augenblick darum, die Fortführung der Reichsgeschäfte im Interesse des deutschen Volkes in dieser schweren Zeit, von der wir wünschen, daß sie bald durch einen dauernden Frieden zum Abschluß gebracht wird (Beifall, Zustimmung bei den Sog.) sicherzustellen. Bis der ordentliche Etat zur Vorlage

kommt, werden wir mit der Regierung so noch das eine oder andere zu reden haben. Ich will weiter erklären, daß wir — ich darf annehmen, die große Mehrheit meiner Freunde — auch in dieser Stunde noch zu den Worten stehen, die Sie alle damals als Erklärung unserer Fraktion aus dem Munde des Abg. Haase (Beifall, Hört! Hört!) gehört haben: „Wir machen wahr, was wir immer gesagt haben: In dieser Stunde der Not lassen wir unser Vaterland nicht im Stich!“ (Stürmischer Beifall bei der großen Mehrheit der Sozialdemokraten und im ganzen Hause und auf den Tribünen.)

Damit schließt die Diskussion. Der Präsident bittet, in Zukunft das Handklopfen zu unterlassen.

Der Notetat wird der Reichshaushaltskommission überwiesen.

Abg. Kühle (nall.) zur Geschäftsordnung: Durch den Schluß der Debatte ist es mir unmöglich gemacht, für mich und im Namen meines Freundes Liebmacht (Gelächter) zu erklären: Diefem System keinen Raum und keinen Großen! (Gelächter und Zurufe.)

Abg. Haase (Sog.) bemerkt persönlich: Der Herr Schatzsekretär hat den Not gebast anzusehen, ob ich ein echter Volkstribun bin. (Auf rechts: Da hat er Recht!) Dazu hat er keine Kompetenz. Nur das eine will ich sagen, daß diejenigen hier die besten Patrioten in allen Ländern zu sein scheinen und auch bei uns, die nach 20 Monaten blutigen Ringens der Verabschiedung der Völker (Große Unruhe. Mude des Präsidenten.) durch einen aufrichtigen Frieden das Wort reden. (Andauernde große Unruhe. — Abg. Dr. David (Sog.) ruft dem Redner zu: Ihre Politik verlängert den Krieg und dient dem feindlichen Ausland! — Von rechts und links weitere heftige Zwischenrufe. Die bewegten Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion gehen weiter. — Abg. Haase ruft dem Abg. Haase in heftigen Worten vor, daß er größten Mißbehagen begangen habe, weil er der Fraktion von seiner Absicht, zu sprechen, vorher nicht Mitteilung gemacht habe. — Abg. Kühle ruft: Denke hat ihn angesprochen!)

Die Sitzung schließt am 12 1/2 Uhr.

Nach einständiger Pause wird die nächste Sitzung zur zweiten und dritten Beratung des Notgesetzes zum Etat eröffnet.

In der neuen Sitzung erstattet Abg. Meyer (nall.) Bericht über die Verhandlungen der Kommission. Er empfiehlt die unveränderte Annahme des Notetats. Gegen einige sozialdemokratische Stimmen wird das Notgesetz ohne weitere Debatte angenommen.

Der Präsident erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. Vorwiegend wird die nächste Sitzung am 4. oder 5. April stattfinden.



**Bei Nerven- und Kopf-
schmerzen** wirken Jogal-Tabletten
rasch und sicher, selbst wenn andere Mittel ver-
sagen. Verallgemeinert begünstigt. In allen
Apotheken zu Mk. 1.40 und Mk. 3.50.

Best.: 64.3 Accl. accl. salic., 4.06 Chinin tanc., 12.6 Amyl., 10.5 Mag.
suporoxyl et. talc. W1151

Bekanntmachung. Metallsammlung.

Mit Bezugnahme auf die inzwischen wiederholte Veröffentlichung über die Einziehung der beschlagnahmten Gegenstände wird unter Hinweis auf die Strafbestimmungen nochmals ersucht, alle beschlagnahmten Metallgegenstände der Sammelstelle zuzuführen.

Auch nicht angemeldete Gegenstände werden jetzt noch zu den gesetzlichen Preisen angenommen, ohne daß den Ablieferern Unannehmlichkeiten erwachsen.

Nach dem 1. April muß die **zwangsweise Einziehung** (§ 8 der Verordnung) in die Wege geleitet und bis zum 1. Mai beendet sein. Die dabei dem Ablieferer entstehenden Kosten werden von dem Wert des abgenommenen Metalles abgezogen.

Auskünfte über etwaige Ausnahmen werden nach wie vor von der Sammelstelle erteilt.

Wiesbaden, den 16. März 1916.

Der Magistrat. Anmeldung zur Landsturmrolle. Stadtkreis Wiesbaden.

Die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1899 geborenen **Landsturmpflichtigen** werden hiermit aufgefordert, sich am **Donnerstag den 30. und Freitag den 31. März d. Js.**, vormittags von 8 bis 12 1/2 Uhr, unter Vorlage ihrer Geburtsurkunde oder anderer behördlichen Urkunden (Invalidentarte, Arbeitsbuch usw.) im **Rathaus, Zimmer 27**, zu melden.

Wiesbaden, den 24. März 1916.

Der Magistrat.

Deutschkatholische (freireligiöse) Gemeinde zu Wiesbaden.

Herr Prediger Gustav Tschirn leitet am **Sonntag, 26. März d. J.**, aber das Thema: „**Ist das Leben wert, gelebt zu werden?**“ Die Erbauung findet **vormittags pünktlich 10 Uhr** im Bürger-saal des Rathauses statt. Der Eintritt ist für jedermann frei. W1164

Zerden ersuchen und bei uns vorrätig

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis

Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch.

Herausgegeben von Wilhelm Janssen
unter Mitwirkung von 15 hervorragenden Gewerkschaftsführern.

Preis 2 Mk., geb. 3 Mk. Porto 10 bezw. 20 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M.
Großer Girsgraben 17.

Restauration „Port Arthur“

Wilmstr. 20.

Wiesbadener Germania-Bräuer.

Besonders empfehle ein vorzügliches
Rittg- und Abendessen.

Küchungssohl

Jakob Greis

Jede Uhr

wird billigst repariert und mit
Leuchtblatt

versehen durch

E. Becker, Dotzheim,
Wiesbadener Strasse 32.